

NAZI-GOLD, NACHRICHTENLOSE VERMÖGEN, ANTISEMITISMUS IN DER SCHWEIZ

# Moritz Leuenberger, wo bleibt Ihr Protest?

**Früher kritisierte der Politiker und Jurist Moritz Leuenberger den Finanzplatz Schweiz. Wie steht er heute zu den Schweizer Banken und ihren umstrittenen Geschäften?**

INTERVIEW: STEFAN KELLER  
UND YVONNE LENZLINGER

WoZ: Herr Leuenberger, was hat der Bundesrat in den letzten Wochen und Tagen gegen den Antisemitismus getan?

**Moritz Leuenberger:** Der Bundesrat hat sich mehrmals besorgt darüber geäußert, dass es zu antisemitischen Reaktionen gekommen ist. Auch die einzelnen Mitglieder des Bundesrates, ich würde sagen: alle sieben Mitglieder, haben das immer wieder festgehalten, in Interviews beispielsweise. Allerdings unterstellt Ihre Frage, es gebe eine breite antisemitische Bewegung in diesem Land, und dazu habe ich ein paar Fragezeichen. Natürlich flackert Antisemitismus auf, Juden und Jüdinnen erhalten massive Briefe – aber andererseits, von den vielen Briefen her, die bei mir hier eintrafen, kann ich einen breiten allgemeinen Antisemitismus nicht feststellen. Ich sage das darum, weil ich finde, dass wir uns auch ein bisschen vor einer Selffulfilling prophecy hüten sollten. Aber dass die Gefahr da ist, möchte ich in keiner Art und Weise verharmlosen.

**Jedenfalls fühlen sich die jüdischen Gemeinden und auch unsere jüdischen Freunde unter Druck.**

Ja, unsere jüdischen Freunde sind bedrängt, und das ist ein Skandal und muss mit allen politischen und allenfalls anderen Mitteln bekämpft werden. Aber ich möchte mich einfach dagegen verwahren, dass man nun sagt, die Schweiz sei ganz allgemein antisemitisch.

**Nun gibt es auch Gegenstimmen, zum Beispiel dieses «Manifest vom 21. Januar 1997»\*, das letzte Woche in allen grossen Zeitungen als Inserat publiziert worden ist. Was sagen Sie dazu?**

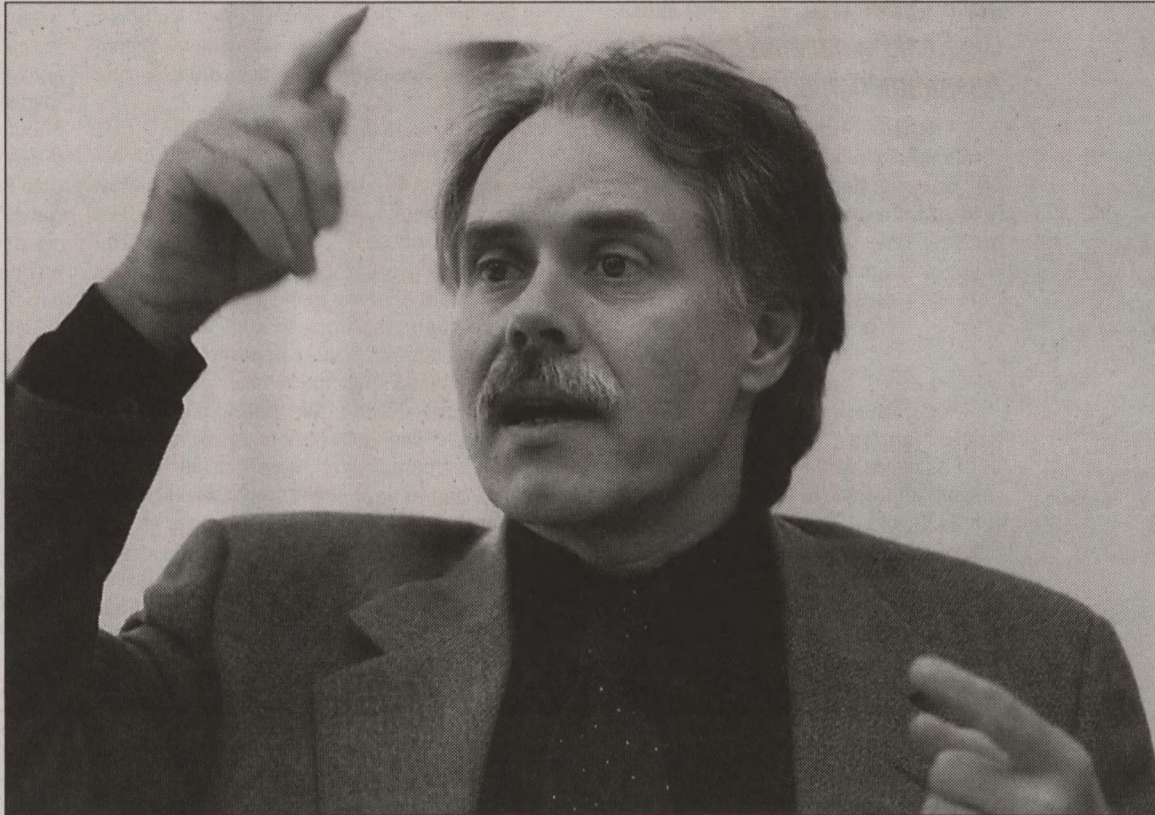
Ich könnte mir vorstellen, dass ich, wenn ich nicht im Bundesrat wäre, dieses Manifest unterschrieben hätte. Es entspricht einer Notwendigkeit. Als Mitglied des Bundesrates gibt mir dabei natürlich der Satz zu denken: «Wir fühlen uns durch diesen Bundesrat nicht vertreten.» Dieser Satz ist sicher mit ein Grund, dass ich als Bundesrat nicht unterschreibe – aber das erwarten Sie ja auch nicht.

**Nein. Aber wen vertreten Sie denn eigentlich? Wen vertreten Sie im Bundesrat?**

In dieser Frage, meinen Sie? – Ich nehme für mich in Anspruch, öffentlich und insbesondere im Bundesrat, gegen aussen und gegen innen, schon letztes Jahr und heute noch mit der gleichen Haltung politisiert zu haben. Zur Aufarbeitung unserer Geschichte oder zur historischen Mitverantwortung habe ich mich mehrmals auch öffentlich geäußert, und im Bundesrat habe ich mich für diese Aufarbeitung eingesetzt. Was nun aber die konkreten nächsten Schritte angeht, nachdem die Banken hundert Millionen einbezahlt, diese Schritte gehören halt einfach zur unmittelbar bevorstehenden Regierungstätigkeit, bei der es Brauch ist, dass ich nicht sage, wie die Meinungen im Bundesrat verteilt sind und welche ich selber habe.

**Wir müssen jetzt doch einmal auf die Rücktrittsaufforderung des SPS-Vorstandes an Jean-Pascal Delamuraz zu sprechen kommen. Was sagen Sie zu Herrn Delamuraz?**

Ich habe meine Wertung seiner Äusserungen kundgetan bis hin zum Moment, in dem seine Entschuldigung erfolgte und auch akzeptiert wurde. Seitdem der Bundesrat davon Kenntnis nahm, habe ich keinen Anlass



MORITZ LEUENBERGER: «Die Bekämpfung des Antisemitismus ist eine Aufgabe des Bundesrates.»

FOTO: DOMINIQUE MEIENBERG

mehr, mich wertend zu diesen Äusserungen verlauten zu lassen. Man weiss ja, und ich habe es auch gesagt, dass ich mit jenem Interview alles andere als einverstanden war.

**Haben Sie das öffentlich gesagt? Haben Sie sich öffentlich distanziert?**

Ich habe dazu Stellung genommen. Wobei es allerdings so war, dass sich die Medien in jener Zeit und in dieser Frage vor allem für Ruth Dreifuss interessierten und meine Gesprächsbereitschaft gar nicht akzeptierten. Ruth Dreifuss war als Jüdin natürlich auch interessanter für die Medien. Aber wenn ich nun Briefe bekomme, in denen es heisst, ich hätte mich ja gar nicht distanziert, dann muss ich folgendes sagen: Ich hatte keinen Anlass, mich nicht zu distanzieren. Denn die Äusserungen von Herrn Delamuraz hatten mit dem Kollegialitätsprinzip gar nichts zu tun. Sie waren nicht durch einen Bundesratsbeschluss gedeckt, ganz im Gegenteil! Aber ich laufe selbst als Bundesrat nicht mit dem Megafon herum ...

**Sie wurden also gar nicht gefragt?**

Nicht von Medien, die meine Meinung dann auch verbreitet hätten.

**Der Gesamtbundesrat hat sich letzte Woche noch einmal fast demonstrativ hinter Herrn Delamuraz gestellt.**

Aber nicht hinter seine Erklärung. Der Bundesrat hat nur die Rücktrittsforderung der SP zurückgewiesen.

**Der Bundesrat hat auch die Vorwürfe als inakzeptabel zurückgewiesen, die von SP-Seite gegen Delamuraz erhoben werden. Das ist doch mehr als nur die Rückweisung einer Rücktrittsforderung.**

Also ich sage es noch einmal: Der Bundesrat hat sich nie hinter diese Äusserungen von Herrn Delamuraz gestellt. Es wäre völlig ungerecht, wenn man so eine Behauptung herbeiargumentieren würde. Er hat das nicht getan.

**Das «Manifest vom 21. Januar 1997» fordert beispielsweise, dass sich der Gesamtbundesrat von diesen Äusserungen ausdrücklich distanziert. Ist die Distanzierung schon traktandiert?**

Wir betrachten das wirklich als Nebenkriegsschauplatz. Oder als Nebengeleise, man sollte sich ja nicht mehr so martialisch ausdrücken. Es gibt doch jetzt wichtigere Aufgaben: Die Bekämpfung des wieder laut gewordenen Antisemitismus ist eine Aufgabe des Bundesrates. Eine Aufgabe ist es auch, sich mit der historischen Aufarbeitung unserer Geschichte zu befassen. Und eine Aufgabe ist es, zusammen mit der Wirtschaft und anderen Kreisen zu schauen, was mit dieser Fonds- oder Stiftungsidee geschehen kann. Wir sollten unsere politischen Kräfte nicht mit der Auseinandersetzung um das Interview verschwenden.

**Bei der Aufarbeitung der Geschichte, wird da das Kollegialitätsprinzip im Bundesrat stark strapaziert?**

Hier geht es um eine moralische Arbeit,

nicht ums Kollegialitätsprinzip, es geht um eine Arbeit, die von jedem einzelnen Bundesratsmitglied auch individuell gemacht werden muss. Es haben alle ihre Geschichte. Schauen Sie doch, wie zum Beispiel Kaspar Villiger damit umgeht. Delamuraz geht ein bisschen anders damit um, ich nochmals anders. Das ist eigentlich ein hochinteressanter und auch sehr seltener Prozess, der hier stattfindet. Es ist erkennbar, dass es hier um eine Materie geht, bei der jeder einzelne, weil er seine eigene Geschichte hat, je seine Position erarbeitet. Das macht es so schwierig, mit einer Stimme zu sprechen, und das ist in diesem Fall nicht einmal erwünscht.

**Die Frage ist, ob es gelingt, daraus eine demokratische Debatte zu entwickeln.**

Die ist doch bereits voll im Gang. Die Schweiz ist doch am Diskutieren und am Aufarbeiten. Jedes Medium ist am Recherchieren, am Kommentieren, am laut Nachdenken, und die Parlamentarier machen das, auch die Exekutive.

**Nochmals zurück zum Manifest: Einer der Vorwürfe an den Bundesrat ist ja auch, dass er einseitig die Banken vertrete und nicht die Schweiz.**

Woher nehmen Sie diesen Vorwurf?

Die Aktivitäten des Bundes haben in dieser Frage doch immer auf ein Befrieden und auf Imagepflege abgezielt.

Wenn das so wäre, dann könnte ich mich niemals damit identifizieren und würde das auch sagen. Ich finde aber nicht, dass die Bundespolitik in diese Richtung gegangen ist. Zum Beispiel der Wille, die eigene Geschichte aufzuarbeiten, der ja immerhin durch die Einsetzung einer Historikerkommission dokumentiert worden ist, kann niemals als kurzfristige Befriedung des Wirtschaftsplatzes Schweiz angesehen werden. Oder die ganze Arbeit, welche die Rechtskommission des Nationalrates geleistet hat – zu behaupten, das alles sei nur grad im Interesse des Wirtschaftsstandortes Schweiz erfolgt, halte ich für falsch. Sicher, es gibt auch Leute, die nur Schadenbegrenzung machen wollen, was ich für eine völlig zu kurz gegriffene und letztlich auch gefährliche Haltung ansehe. Es gibt aber auch innerhalb der Wirtschaft Leute, die an einer völlig ehrlichen Aufarbeitung der Geschichte interessiert sind.

**Gehen wir noch einen Schritt zurück in Ihre eigene Vergangenheit: Sie haben als Politiker und Jurist den Finanzplatz Schweiz (Stichwort Marcos-Gelder) kritisiert. Kann man im Hinblick auf die enorme wirtschaftliche Bedeutung der Banken**

FORTSETZUNG SEITE 4

kommentar  
der woche

## Krise der Bankenrepublik

Wir Schweizer wären wohl auch nicht damit einverstanden, wenn die USA uns mit wirtschaftlichen Sanktionen zu politischen Entscheidungen zwingen würden. Schliesslich sind wir ein souveränes Land», so ungefähr argumentierte ein Banker vor zehn Jahren bei einem Podiumsgespräch gegen Südafrikasanktionen. «Dann hätten wir im Appenzel zum mindesten das Frauenstimmrecht», rief eine Frau aus dem Saal. Sie ertete grossen Applaus. Etwa zur gleichen Zeit diskutierte eine Versammlung des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes stundenlang, ob in einem Resolutionstext zu Südafrika das Wort «wirtschaftlicher Druck» vorkommen solle. Schliesslich wählte man den Ausdruck «wirtschaftliche Mittel».

Inzwischen gibt es dank dem grossen Einsatz jüdischer Organisationen, dank dem Druck aus US-Regierungskreisen und dank jahrelanger Arbeit engagierter PolitikerInnen und HistorikerInnen eine zentrale Meldestelle für die Suche nach Holocaust-Geldern sowie das Volcker-Komitee, dem die Schweizer Banken Rechenschaft schulden. Archive sind für ForscherInnen geöffnet worden, und es wurde eine Kommission eingesetzt, deren Forschungsbericht veröffentlicht werden soll. Endlich findet eine Debatte statt, die vor zwei Jahren noch unvorstellbar war.

Es ist keineswegs das erste Mal, dass Schweizer Firmen oder die Schweizer Regierung unter Sanktionsdruck von seiten

des Auslandes geraten.

Es sei hier nur an den Nestlé-Boycott, an die Einführung der Geldwäschereigesetze oder an die Südafrikasanktionen erinnert. Es gehört zum Arsenal des aussenpolitischen Instrumentariums der USA, andere Länder wirtschaftlich unter Druck zu setzen. Aber auch Netzwerke

und Bewegungen nutzen dieses politische Mittel immer wieder, vor allem in den USA – aber kaum in der Schweiz.

Schon in den achtziger Jahren standen die drei Schweizer Grossbanken zusammen mit anderen Grossbanken wegen ihrer Geschäfte mit dem Apartheidregime auf den Anlageverbotslisten der Stadt New York und anderer Gemeinden, von Pensionskassen und Investmentfonds in verschiedenen Ländern. In Zusammenhang mit den Marcos-Millionen auf Schweizer Banken tauchten vor einem Jahr in den USA erneut Sanktionsdrohungen auf. Anlässlich eines Gerichtsentscheids stellten philippinische Opfer von Menschenrechtsverletzungen Entschädigungsforderungen an die Schweiz. Bei letzteren hat sich ein neuer Trend gezeigt, der sich jetzt bestätigt. Die aktuellen Sanktionsforderungen betreffen nicht nur den Finanzplatz Schweiz, sondern auch deren Staatspolitik. Im Fall Südafrika handelte es sich noch um einen Boycott gegenüber Banken, nicht nur schweizerischen. Jetzt wird Druck auf Schweizer Banken und gleichzeitig auf die Schweizer Regierung ausgeübt.

Das eingespielte aussenpolitische Tandem von Schweizer Banken (an der Lenkstange) und Regierung (mehr oder weniger mittrampend) kommt ins Schleudern und damit ein Vehikel des Isolationismus der Nachkriegsschweiz. Stimmen werden laut, welche die Führungsfähigkeit des Bundesrates in Frage stellen. Aber hat er eine solche in der Vergangenheit jemals gezeigt, wenn er sich aussenpolitisch gegen Bankeninteressen hätte stellen müssen? Implizit steht heute die politische Souveränität der Regierung gegenüber dem Finanzplatz Schweiz zur Debatte, wenn sie aussenpolitisch nicht weiter ins Abseits geraten will. Dazu braucht es innenpolitischen Druck auf die Regierung und die Banken.

MASCHA MADÖRIN, AKTION FINANZPLATZ SCHWEIZ

**Heute steht die politische Souveränität der Regierung gegenüber dem Finanzplatz Schweiz zur Debatte.**

**Ich sage es noch einmal: Der Bundesrat hat sich nie hinter diese Äusserungen von Herrn Delamuraz gestellt.**